



## Ulrich Wickert

### „Macht und Verantwortung der Medien“

Ulrich Wickert wurde 1942 in Tokio, Japan, geboren. Er begann ein Jura-Studium an der Friedrich-Wilhelm-Universität, Bonn. 1962 Fulbright-Stipendium zum Studium an der Wesleyan University in Connecticut, USA. 1968 Abschluss des Studiums mit dem juristischen Staatsexamen in Bonn. 1969 Redakteur für das politische Fernsehmagazin „Monitor“. 1977 ARD-Korrespondent, zunächst in Washington und ab 1978 in Paris. Von 1981 bis 1984 Leiter des ARD-Studios New York, anschließend Leitung des ARD-Studios in Paris. 1991 bis 2006 „Erster Moderator“ bei den Tagesthemen in Hamburg.

Ich bin ein Handwerker. Und ich werde zu Ihnen heute als ein Handwerker sprechen. Nun verlangt jedes Handwerk nach Regeln, so auch der Journalismus. Und eine gute Regel darf idealistisch sein und sogar einen absoluten Anspruch einnehmen. Weshalb sollten wir, die wir in einer Demokratie mit im Grundgesetz gewährter Pressefreiheit leben, uns nicht auf die Aufklärung berufen?

Besser noch auf diesen Herrn Kant, der die Frage beantwortete, was Aufklärung sei. Er sagt: „Aufklärung ist der Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit.“ Und er definiert: „Unmündigkeit ist das Unvermögen, sich seines Verstandes ohne Leitung eines anderen zu bedienen. Selbstverschuldet ist diese Unmündigkeit, wenn die Ursache nicht am Mangel des Verstandes, sondern der Entschließung und des Mutes liegt, sich seiner ohne Leitung eines anderen zu bedienen.“ Kant sagt: „Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen.“ Das ist also der Wahlspruch der Aufklärung. Und der Text trägt das Datum vom 30. September vor bald 230 Jahren, aber es haben immer noch nicht alle kapiert. Und die Wirklichkeit entspricht dem Ideal immer noch nicht. Das hat der Menschenkenner Kant auch schon vorhergesagt. Er sagt: „Faulheit und Feigheit sind die Ursachen, warum ein großer Teil der Menschen dennoch gerne zeitlebens unmündig bleibt.“ So hat der Handwerker nicht nur eine Regel zur Hand, sondern auch eine Aufgabe.

Wer Journalismus lernt, sollte die Regeln kennen, wie das Handwerk gut ausgeübt werden kann. Und zu dieser Aufklärung – so Kant – wird nichts erforderlich als Freiheit, und zwar „die unschädlichste unter Allem, was Urfreiheit heißen mag, nämlich die, von seiner Vernunft in allen Stücken öffentlichen Gebrauch zu machen“. Lassen Sie uns also über die Freiheit nachdenken, die dem Handwerker die Freiheit gibt, seiner Arbeit nachzugehen. Lassen Sie uns aber auch von der Macht sprechen, die dem Handwerk aus dieser Freiheit erwächst; und welche hohe Verantwortung Freiheit und Macht dem Journalisten aufbürden.

Welche Freiheit meinen wir? In den letzten Jahren hat die technologische Revolution die Verbreitung von Informationen so vereinfacht und schneller gemacht, dass heute von Informationszeitalter gesprochen wird. Waren 1848 Revolutionäre bereit, für die Pressefreiheit zu sterben, so ist heute – also 162 Jahre später – die Pressefreiheit (oder besser gesagt: die Freiheit des Transportes von Informationen) nicht mehr zu bremsen. Vor ein paar Jahren war es so: Überall auf der Welt schalteten Millionen von Menschen den Fernseher zu einem ganz bestimmten Zeitpunkt ein. Etwa, weil sie wussten: Gleich beginnt die Übertragung einer Videoaufzeichnung. Einer Videoaufzeichnung, die ein Verhör zeigt, bei dem der amerikanische Präsident Bill Clinton zu sexuellen Vorgängen mit einer Praktikantin in allerlei Einzelheiten befragt wurde. Ist das die Freiheit, die wir meinen?

Diejenigen, die um die Freiheit der Presse kämpften, wollten das Recht haben zu informieren, die Politik zu kritisieren, demokratische Ideen zu verbreiten. Diejenigen, die Bill Clintons Video verbreiteten, wollten Quote und Auflage machen, was Geld bedeutet. Vielleicht behaupteten sie, zu informieren, in Wirklichkeit stellten sie an den Pranger. Nach europäischer Auffassung ist es ein Rechtsbruch, wenn die Vertraulichkeit von Vernehmungen eines Gerichts missachtet wird, und sei es auch nur durch einen parteipolitisch motivierten Beschluss eines Parlamentes.

Aber wie viele Journalisten haben sich mit diesem Thema des Rechtsbruchs beschäftigt? Ein in Informationsaufnahme nicht geübter Leser kann sich aus der Flut der Informationen, die etwa eine Presseagentur den ganzen Tag ausstößt, nur schwer ein Bild von der Wirklichkeit machen. Zur Hilfe bedarf es der Fachleute, die aussondern und die für ihr Publikum, für ihre Leser, für ihre Zuschauer die wesentlichen Meldungen aussortieren und zusammenfassen.

Doch immer weniger Journalisten, immer weniger Pressezeugnisse nehmen sich der Vorgänge an, die ein kämpferischer Demokrat 1848 gern veröffentlicht hätte. Etwa, dass der Staat den Informantenschutz und die Pressefreiheit scheibchenweise wieder aushöhlt. Und in den vergangenen Jahren haben sich die Vorgänge gehäuft, in denen Redaktionsräume durchsucht, die Telefonate von Journalisten über Datenträger kontrolliert und von den Strafverfolgungsbehörden erfasst wurden.

Aber wie unverfroren die Geheimdienste im jetzigen NSA-Skandal mit heimlicher Duldung auch der deutschen Regierung den Freiraum der Bürger missachten, geht weit über die Ängste eines George Orwell in seinem Roman 1984 hinaus. Und Journalisten, die lieber Bill Clinton auf Videobändern oder Jörg Kachelmann in die Hose sehen wollen, haben immer weniger Platz im Kopf für kritischen Journalismus.

Damit beginnt die Banalisierung der Öffentlichkeit. Häufig glauben sie, es sei kritischer Journalismus, wenn man den mächtigsten Mann der Welt in dieser schrecklichen Situation sieht. Das hatten aber diejenigen nicht im Sinn, die für die Pressefreiheit auf die Barrikaden gingen. Und da beginnt die Ausnutzung der Freiheit, fragwürdig zu werden. Voyeurismus dient sicherlich nicht der Aufklärung, höchstens der Unterhaltung, und weniger dem Wohl der Gemeinschaft als dem Abbau der Werte unserer Zivilisation.

Die Banalisierung der Öffentlichkeit nimmt zu, als Folge des seit Mitte der 1980er-Jahre zunehmenden Wettbewerbsdrucks. Selbst die besten deutschen Zeitungen nehmen sich nicht immer die notwendige Zeit zu überprüfen, was sie melden. Im Journalismus spielt die Schnelligkeit seit einiger Zeit eine zu große Rolle. Erste Maxime des Handelns sollte die Glaubwürdigkeit sein. Die zweite der Nutzen für den Empfänger. Drittens erst kommt die Schnelligkeit, mit der die Meldung zum Leser oder Zuschauer gelangt. Nun herrscht zwischen den Presseagenturen, aber auch zwischen den Fernsehanstalten, ein harter Wettbewerb. Und derjenige, der als Erster eine wichtige Meldung verschickt, hat einen Wettbewerbsvorteil, oder glaubt, einen zu haben.

Selbst seriöse Zeitungen wie zum Beispiel jene Zeitung, hinter der stets ein kluger Kopf steckt, halten sich eher daran, das Exklusive schnell zu berichten, als zu kontrollieren, ob es richtig ist. Vor einiger Zeit stand auf der ersten Seite dieser Tageszeitung ganz exklusiv eine Sensation, die kein anderer Journalist in der Welt erfahren hatte. Putin – so stand da in einem großen Artikel – habe einen vertraulichen Brief an den amerikanischen Präsidenten geschrieben und ihm wegen der amerikanischen Pläne für einen Raketenabwehrschirm die Neuordnung der internationalen Gemeinschaft auf der Basis der Vernunft vorgeschlagen, was, so

die FAZ „nach langer Zeit wieder zu einer großen Abrüstungsrunde führen könnte“.

Die Leser werden sich über die Entwicklung hin zum großen Frieden in der Welt gefreut haben. Der brisante Brief stammte allerdings nicht von Putin, sondern der liberale Duma-Abgeordnete Grigorij Jawlinskij, der in Berlin gerade an einer Bertelsmann-Konferenz teilgenommen hatte, hatte diesen Brief verteilt. Geschrieben hatte ihn Jawlinskij am Abend zuvor nach einem großen Zechgelage. Die Teilnehmer der Konferenz waren zuerst irritiert, aber bald wieder beruhigt, nachdem ihnen klar geworden war, dass Putins Brief ein Scherz war. Aber eine wichtige Quelle hatte das Scherz-Papier der FAZ zugespielt, die, vermutlich aus der Angst heraus, die Exklusivität zu verlieren, nicht ausreichend recherchierte. Sie wollte als erste, ja als einzige Zeitung der Welt mit dieser Nachricht rauskommen, um dann von aller Welt als Quelle zitiert zu werden. Was das Ansehen und vielleicht auch den Marktwert steigert. Gut, solch eine Falschmeldung desorientiert kurzfristig, aber der Schaden kann korrigiert werden. Zur Orientierungslosigkeit trägt allerdings bei, wenn die Medien auf ein Thema springen und dies Tag um Tag, Woche um Woche zur Hauptsache machen, sie ihre Aufmerksamkeit in Wirklichkeit aber einer Nebensache widmen, siehe Kachelmann. Tatsächlich verdrängt dieser Mechanismus, der Aufregung Aufmerksamkeit zu vermitteln, die Auseinandersetzung mit den Themen, die Orientierung verlangen. Denn der Mensch hat nun einmal nur eine beschränkte Fähigkeit zur Wahrnehmung.

Aufklärung heißt auch, Orientierung zu geben. Kommunikation ist ein Teil der Kultur, die wiederum eine wichtige Bedeutung für die Bildung und Ausformung von Werten hat. Denn Werte müssen gelernt werden, und das werden sie durch die Darstellung der Wirklichkeit. Oder vielmehr: einer Wirklichkeit, sei es die vorgelebte oder die vorgefilmerte.

Weil davon ausgegangen wird, dass die Wirkung der Bilder einen erheblichen Einfluss auf die Gesellschaft hat, wächst der Ruf nach einer Medienethik. Diese Forderung ist besonders laut geworden, nachdem sich Mitte der 1980er-Jahre die Fernsehlandschaft in Deutschland erheblich verändert hat, weil das Kommerzfernsehen eingeführt worden ist. Die Ausweitung der Massenmedien ist verantwortlich für eine Art umkehrter Kulturrevolution, und für die Veränderung der Kommunikation, die auf den Bestand der Werte einen unheilvollen Einfluss hat.

Denn das Motiv der Kulturverbreitung durch das Fernsehen ist nicht mehr der Bildungsauftrag, auf den sich die Öffentlich-Rechtlichen bisher beriefen, sondern ausschließlich der materielle Gewinn. Um diesen Gewinn zu machen, wird alles in Kauf genommen, besonders der Appell an die niederen Instinkte des Menschen. Die zu beschränken doch Aufgabe der ethischen Werte sein sollte. So entsteht ein Konflikt zwischen Ethik und Gewinn, der inzwischen auch denen unheimlich geworden ist, die die politische Verantwortung tragen. Das Bewusstsein, dass sowohl der Zuschauer als auch der Abgebildete im Besitz der Menschenwürde sind, wird von Journalisten der Massenmedien immer weiter in den Hintergrund gedrängt.

Es gibt wenige Redaktionen, die journalistisch eingreifen und schon mal eine Einstellung von einem sterbenden Menschen aus einem Bericht nehmen, weil diese Darstellung die Würde des Menschen verletzt, ohne den Nachrichtenwert zu steigern. Der kritische Journalismus weicht leider immer häufiger dem Betroffenheitsjournalismus. Nicht der Inhalt der journalistischen Arbeit ist bedeutend, sondern die emotional vermittelte Betroffenheit, die Bilder beim Leser oder Zuschauer auslösen können. Und dabei ist nicht mehr das gedruckte Wort wesentlich, son-

dern das sensationelle Bild. In der Betroffenheit liegt aber auch der Kern der Macht, die vom Journalismus ausgehen kann. Wenn Sie sich einmal vorstellen, was das Fernsehbild alles beeinflusst, ohne dass wir es zum großen Teil merken. Das Bild des Menschen, wie er aussehen soll, ist in den letzten Jahren gerade durch das, was im Fernsehen transportiert wird, sei es in den Nachrichten, aber sei es besonders in den Unterhaltungssendungen, bestimmt worden. Was ist schön? Wer ist schön? Und was muss ich tun, um schön auszusehen? Wer über das Bild verfügt, hat Macht.

Wir sehen es immer wieder, wenn Unglücke passieren. Wenn Bilder vorhanden sind, dann erschrecken sie vielleicht den Zuschauer, und er ist bereit zu spenden. Ob es Haiti ist, wir haben Bilder, ob es der Tsunami war, wir haben reagiert und geholfen. Es gibt aber Probleme in dem Moment, in dem wir aus Ländern berichten, aus denen das Berichten schwer ist. Aus dem Iran zum Beispiel. Da haben wir dann auf Bilder zurückgegriffen, die wir über das Internet bekommen. Und da ist manchmal äußerst schwierig zu kontrollieren, ob es Bilder sind, die von heute stammen, wenn wir darüber berichten, oder nicht. Wir haben in den letzten Jahren immer wieder erlebt, dass Bilder politische Wirkungen haben können.

Das Geschehen in Syrien erinnert mich an ein ganz konkretes Beispiel zu dem Thema: die Macht der Bilder auf die Politik. Und dieses Beispiel lässt mich auch im Fall Syrien ganz vorsichtig sein bei der Frage: Sollen die USA, soll Frankreich zu einer Strafaktion ausholen?

Mein Beispiel stammt aus der Zeit des Bürgerkriegs in Bosnien. Anfang Februar 1994 wurde Sarajevo täglich von bosnischen Serben beschossen. Die UNO-Blauhelme zeigten sich hilflos, die Verhandlungen waren zum Stillstand gekommen, es lief nichts mehr, wie man so sagt. Einige Monate zuvor hatte der amerikanische Außenminister Warren Christopher erzürnt verkündet, die Außenpolitik der USA dürfe nicht vom Fernsehen gemacht werden. Die US-Regierung hielt sich im Bosnienkonflikt zurück.

Die Europäer hatten einen kohärenten Plan vorgelegt, so sagte damals der französische Außenminister Alain Juppé, aber die Russen trieben die Serben zur Unnachgiebigkeit, und die Amerikaner hielten die Muslime nicht ab, den Krieg fortzusetzen. Warren Christopher reagierte nicht auf den europäischen Vorschlag, die Muslime zur Annahme der westlichen Friedenspläne zu bewegen. Juppé: „Christopher wollte nicht den mindesten Druck ausüben, und er blieb taub gegenüber meinem Argument, dass nach einem Abzug der UN-Sicherheitstruppen die Amerikaner mit ihren Versprechungen an die Muslime allein dastünden.“

Das Verhalten der US-Regierung stand jedoch im Einklang mit den Umfragen bei den amerikanischen Wählern. 65 Prozent der Amerikaner meinten, ihr Land solle sich aus dem Konflikt in Bosnien-Herzegowina heraushalten. Doch nun entfaltet die durch grausame Bilder entfachte Betroffenheit ihre Macht. An einem Samstag – ich erinnere mich sehr genau, weil ich an dem Tag in der Redaktion war – gegen 15 Uhr piepten überall in den Redaktionen die Nachrichtenmonitore, überall in der Welt. Eine Eilmeldung berichtete von einem Blutbad auf dem Markt von Sarajevo. Verursacht durch den Einschlag einer Granate starben 70, 80 Menschen, wurden Hunderte verletzt, und kurze Zeit darauf werden die ersten grauenvollen Bilder überspielt. An diesem Nachmittag nimmt der amerikanische Verteidigungsminister William Perry an der Wehrkundetagung in München teil. Von dem Blutbad unterrichtet, meint er vorsichtig, falls andere Druckmittel nicht ausreichten, stünden stärkere Maßnahmen zur Debatte. Dagegen forderte der belgische Außenminister Willy Claes sofort Luftangriffe gegen serbische Positionen rund um Sa-

rajevo. Er sagte, es sei unsere moralische Pflicht, einen Trennstrich zu ziehen und den Serben klar zu zeigen, dass sie zu weit gingen.

Überall in der Welt laufen an diesem Tag diese Bilder in den Nachrichtensendungen. Kaum hatte der damalige französische Außenminister Alain Juppé sie in den Abendnachrichten in Frankreich gesehen, griff er zum Telefon und rief den deutschen Außenminister Klaus Kinkel an und sagte: „Wir müssen etwas machen.“ Und Klaus Kinkel sagt: Jawoll, er hat die Nachrichten auch gesehen. Daraufhin ruft Alain Juppé den US-Außenminister Warren Christopher an und sagt, die Nato müsse nach diesem Massaker dafür sorgen, dass die Belagerung von Sarajevo aufgehoben wird. Juppé macht dem US-Außenminister den Vorschlag eines zehntägigen Ultimatums an die Serben.

Christopher dagegen schlägt einen Vergeltungsschlag gegen die serbische Artillerie vor. Wegen der Zeitverschiebung laufen die grausamen Bilder in den amerikanischen Fernsehnachrichten erst sechs Stunden später. Und schon am nächsten Morgen, nicht einmal 24 Stunden nachdem die Fernsehbilder über die zerfetzten Leichen, die stöhnenden Verletzten, das Blut auf dem Marktplatz von Sarajevo gesendet wurden, macht ABC News eine neue Umfrage. Sie ergibt, dass in den USA das Meinungsbild sofort nach der Ausstrahlung der grausamen Bilder umgeschlagen war. Jetzt befürworten 60 Prozent der Bevölkerung Luftangriffe der US-Airforce und der Europäer. Daraufhin schwenkte die amerikanische Regierung um.

Bis heute ist allerdings nicht geklärt, wer die Granate abgeschossen hat. Es wurde eine Kommission eingesetzt, die das untersuchen sollte. Aber niemand weiß, oder zumindest hat die Kommission nie bekannt gegeben, ob diese Granate tatsächlich von Serben abgeschossen worden ist. Das weiß keiner, und das zeigt uns natürlich auch die Fragwürdigkeit dieser ganzen Geschichte, die da passiert ist. Und daran denke ich, wenn ich vom Giftgaseinsatz in Syrien höre. Das zeigt aber, dass sich aus der Macht des Mediums eine besondere Verantwortung für den Journalisten ergibt. Wichtig ist, dass der Journalist weiß, worüber er berichtet. Wichtig ist, dass er das Bedeutende vom Unwichtigen trennt. Nicht jeder Fehlalarm an einem amerikanischen Flughafen sollte gemeldet werden, denn dies führt zu Orientierungslosigkeit und Übersättigung von Nachrichten. Und Übersättigung bedeutet: Zu viel Unwichtiges erschlägt das Wichtige. Verantwortung wahrnehmen bedeutet auch, ausgewählte Nachrichten in den Vordergrund zu stellen. Und wichtig ist, das gehört auch zur Verantwortung: die Wirkung der Meldung zu berücksichtigen.

Da will ich Ihnen ein anderes Beispiel geben, das zeigt, was eine von den Medien transportierte Aufregung bewirken kann. Sie erinnern sich wahrscheinlich an die Ölplattform Brent Spar. Das war 1995, diese Ölplattform Brent Spar sollte im Nordatlantik versenkt werden. Sie gehörte zu 50 Prozent der Firma Shell, zu 50 Prozent der Firma Esso. Nun begann Greenpeace eine Kampagne gegen Shell und sagte, Shell würde mit dieser Ölplattform Tonnen giftigen Schlamms versenken. Die Medien haben die Argumente von Greenpeace transportiert, und Deutschland begann eine Boykottkampagne gegen Shell. Nicht gegen Esso, sondern nur gegen Shell. Und die damalige Umweltministerin Angela Merkel schrieb einen großen Drohbrief an ihren englischen Kollegen und sagte, die britische Regierung solle doch alles tun, um zu verhindern, dass diese Ölplattform im Nordatlantik versenkt werden würde.

Ja, der Druck durch die Medien wurde in Deutschland so groß, dass sich auch der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl an die britische Regierung gewandt hat. Brent Spar wurde nicht versenkt, sondern man beschloss, sie nach Norwegen zurückzuziehen und sie dort in Stücke zu zerlegen. Einige Wochen später hat man festgestellt, die Behauptung,

mit der Ölplattform würde giftiger Schlamm versenkt, war falsch. Das heißt: Die ganze Kampagne basierte auf einer Behauptung, die nicht richtig war. Trotzdem wurde einige Monate später von fünfzehn Ländern der Beschluss gefasst: Ölplattformen dürfen im Nordatlantik nicht versenkt werden.

Meines Erachtens bedeutet Verantwortung als Allererstes Respekt der Regeln, und die wichtigste Regel ist die Achtung der Menschenwürde. Die Menschenwürde kann auf zweierlei Arten verletzt werden: auf der einen Seite die Würde des Zuschauers, auf der anderen Seite die Würde desjenigen, der in dem Bild gezeigt wird.

Und ich will Ihnen ein Beispiel dafür nennen, wie wir einmal bei den Tagesthemen darüber diskutiert haben, ob wir in einen Bericht eingreifen oder nicht. Wichtig ist ja, dass die Nachricht transportiert wird. Durch den Eingriff in einen Bericht darf die Nachricht nicht verhindert werden. Es gab in dem Bürgerkrieg von Bosnien eine ganze Reihe von Massakern auf allen Seiten. Und unser Korrespondent in Bosnien berichtet über ein Massaker, das stattgefunden hat. Den Bericht hat er selber mit seinem Kamerateam gedreht. Der Bericht erreicht die Redaktion, wir schauen ihn uns an und sagen: Es ist wichtig, darüber zu berichten, dass es wieder ein Massaker gegeben hat. Wir sehen da die Trauergemeinde. Ein Dorf steht am Friedhof, die Särge sind aufgebaut. Und weil es dort offenbar üblich ist, sind die Särge offen, damit man die Toten noch mal sehen kann. Dann fährt die Kamera groß auf den Kopf eines Toten, und man sieht, dass die Augen herausgeschnitten worden sind. Da haben wir sofort beschlossen: Das geht nicht. Dieses Bild können wir nicht senden. Es reicht, wenn wir den Bericht über die Beerdigung senden. Damit transportieren wir die Nachricht von dem Massaker, aber hier würden wir die Würde des Toten nicht berücksichtigen, aber auch die des Zuschauers, der – überhaupt nicht vorbereitet auf solch ein Bild – wahrscheinlich fürchterlich erschreckt würde. Es gibt immer wieder Beispiele, wo man merkt: Hier hat eine Redaktion der Sensation den Vorrang gegeben.

In einer Nachrichtensendung – ich will den Sender nicht nennen, es war ein öffentlich-rechtlicher, aber nicht die ARD – sehe ich abends einen Bericht über einen Bankraub in Los Angeles. Es verwundert mich ein wenig, weil wir nicht über jeden Bankraub in Deutschland berichten. Aber hier ist ein Bankraub aus Los Angeles. Warum? Weil in Los Angeles immer irgendwelche Hubschrauber herumfliegen mit Kameralisten drin, die alles sehen und die auch Polizeifunk hören. Und hier hört also offensichtlich der Kamerman: Da unten ist ein Bankeinbruch bei der Bank Soundso. Er fliegt dann hin und man sieht, wie der Bankräuber aus der Bank herausrennt, in sein Auto springt, Polizeiautos hinterher, Verfolgungsjagd. Sie stellen den Gangster auf einem Parkplatz, und da kommt es zum Shoot Out. Der Gangster wird erschossen. Es wird alles im Bild gezeigt, nach dem Motto 1:30.

Meines Erachtens darf solch ein Bericht nicht gesendet werden. Das ist Voyeurismus. Es gibt überhaupt keinen Grund, dies zu vermitteln, denn Sie haben keinen Gewinn davon. Zummindest keinen Gewinn in der Aufklärung, ja, Sie haben einen Gewinn bei der Sensationssucht. Es ist häufig nicht einfach, es gibt immer wieder Diskussionen darüber, und es ist auch wichtig, dass man darüber diskutiert.

Ich erinnere mich – wir sind ja hier unter uns – an eine Geschichte aus der Arbeit der Tagethemen: An einem Samstag ist eine Skifahrerin – Ulrike Maier – verunglückt. Die Verunglückte ist mit dem Kopf gegen einen Pfahl gestoßen. Sie war tot, und man sah noch den toten Körper die Skipiste herunterrutschen. Der Chef vom Dienst kommt am späten Nachmittag zu mir und sagt: Damit machen wir auf! Darauf sagte ich:

Wir sind nicht bei der BILD-Zeitung. Und hatte auch nicht ernst genommen, dass er das so meinte.

Um halb acht findet dann die Ablaufkonferenz statt, bei der besprochen wird, in welcher Reihenfolge die Stücke gesendet werden. Ich bin häufig gar nicht hingegangen, weil das ein Mechanismus war. Meistens kam der CvD vorher und sprach es durch. Der Moderationsredakteur – der, der für den Moderator die Informationen sammelt – geht dort hin und kommt dann zurück und sagt: Wir fangen mit dem Todessturz der Skifahrerin an. Darauf habe ich ihn gefragt: Wer war der höchste Hierarch, der dabei war? Es war der Chefredakteur. Dann bin ich zum Chefredakteur gegangen und habe ihm gesagt: Lieber Herr Chefredakteur, diese Sendung moderiere ich nicht. Es ist natürlich schwierig für ihn, jetzt bei seiner Haltung zu bleiben. Dann habe ich gesagt: Ich werde Ihnen erklären, wie ich finde, dass es richtig ist. Erstens: Der Bericht gehört in den Sport. Zweitens: Das Bild vom Sturz muss geschnitten werden, wenn sie stürzt, damit man nicht den toten Körper rutschen sieht. Drittens: Wir müssen zum Thema machen, warum Skifahren immer gefährlicher wird. Nämlich: damit es im Fernsehen besser wirkt, das ist ja der Grund für solche Unfälle. Das muss als Thema herausgearbeitet werden. Nun ja, kurz vor der Sendung kann man damit keinen großen Streit anfangen. Er stimmte dann zu, dass wir es auf diese Weise machen. Als ich herauskam, stand die Redaktion vor der Tür und fragte nach, wie es zu machen wäre. Meine Antwort: So, wie ich es gesagt habe. Die Reaktion war: Bravo! Dann haben wir es so gemacht.

Aber interessant war, was am nächsten Tag passierte. Es haben natürlich alle gewusst, dass es riesigen Ärger gegeben hatte. Wie löst sich so etwas auf? In der Konferenz am nächsten Morgen – dort wird auch der Vortag besprochen – vermuteten alle, dass es jetzt ein Hauen und Stechen geben würde. Bevor sich irgendjemand zu Wort meldet, sagt der Chefredakteur: Ich möchte kurz referieren, was gestern gewesen ist. Er sagt, ich habe heute Nacht darüber nachgedacht: Wickert hatte recht.

Und das war großartig von ihm, weil die Redaktion plötzlich gemerkt hat, dass sie widersprechen und sich auseinandersetzen darf, wenn es um das Thema der Menschenwürde geht. Es ist meiner Meinung nach sehr wichtig, dass so etwas diskutiert wird, weil nicht jeder den Maßstab hat. Deswegen müssen wir Journalisten immer wieder mit allen gemeinsam diskutieren, was geht oder nicht. Das verlangt unsere Verantwortung.

Es geht auch in andere Richtungen. Wenn es um die Frage geht, wie wir welche Themen behandeln und wie häufig. Das hat zu tun mit der Frage der Orientierung, die wir geben. Es tauchen ja immer wieder Seuchen auf. Und die Presse findet Seuchen ganz toll. Sie kann dann schreiben, dass die und die Grippe wahrscheinlich hunderttausend Tote verursacht. Ich erinnere mich an die BSE-Seuche. Auch in den deutschen Medien war sie wochenlang präsent. Es war absolut furchtbar. In Deutschland gab es zwar keine durch BSE ausgelösten Todesfälle, es ist niemand daran gestorben, aber es aß keiner mehr Fleisch. Außer mir. Ich kämpfte in der Redaktion immer gegen Seuchenkampagnen. Wahrscheinlich konnten Sie die Bilder auch nicht mehr sehen von der einen Kuh, die so wackelte. Es war immer dieselbe. Es war in der Redaktion immer wieder schwierig, weil ich der Einzige war, der dagegen war. Aber Gott sei Dank kam die Maul-und-Klauen-Seuche. Dann war BSE weg. Die war nicht ganz so schlimm. Irgendwann gab es davon nichts mehr zu berichten, da sagte jemand in der Redaktion: Es gibt die ModderHinke. Keiner von uns wusste, was das war. Das bekommen Schafe und Schweine, weil sie immer in ihrem eigenen Mist stehen und wegen der Maul-und-Klauen-Seuche nicht transportiert werden dürfen. Dann bekommen sie Modder-Hinke, weil sie immer im Modder stehen. Gott

sei Dank haben alle sehr gelacht, und das wurde dann nicht mehr berichtet. Auch wenn irgendwo eine Bombe hochgeht, berichten wir sehr gerne. Und ich möchte Ihre Aufmerksamkeit einmal darauf richten, dass es in den Radionachrichten besonders am Wochenende ganz viele Attentate gibt.

Wenn Sie am Montag die Zeitung aufschlagen, hat es kaum eines dieser Attentate in die Zeitung geschafft. Das ärgert mich immerzu. Warum müssen Radionachrichten immer mit Attentaten anfangen – das Radio ist ja kein Bild-Medium. Jeden Tag gibt es ja irgendwelche Attentate, wenn nicht im Irak, dann in Afghanistan. Manchmal im Iran, in Pakistan sicherlich. Es gibt auch in Lateinamerika welche. Bei uns gibt es Attentatdrohungen, da kann man auch wieder berichten, dass irgendetwas geräumt wurde. Zur Not ist irgendjemand in Amerika mit einer Bombenattrappe gefasst worden. Man kann damit die Nachrichten schon vollkriegen.

Nun müssen wir uns überlegen, welche Folgen unsere Berichterstattungen haben. Dazu will ich Ihnen auch ein kleines Beispiel erzählen. Sie werden sich vielleicht erinnern, dass es in Bali ein großes Attentat vor einer Disco gab, mit sehr vielen Toten. Darunter waren besonders viele Neuseeländer, weil Bali das Sylt der Neuseeländer ist. In Deutschland wurde auch viel darüber berichtet, überall in der Welt wurde viel darüber berichtet, weil Bali ja ein Touristenort ist. Wir hatten in der Redaktion einen Kollegen, der immer sofort von einer hochgegangenen Bombe berichten musste. Man musste ihn stets bremsen. Der Kollege heiratete und fuhr nach Bali in Urlaub. Er stellte in Bali fest, dass der Tourismus völlig zusammengebrochen war, dass es den Balinesen wirtschaftlich katastrophal schlecht ging. Daran merkte er erst, welche Folgen die Berichterstattung gehabt hatte. Das war sehr heilsam, denn er kam zurück, und wenn in der Redaktionskonferenz irgendjemand wieder mal mit diesen Bombengeschichten kam, habe ich gesagt: Jay, erzähl doch mal die Geschichte aus Bali. Und wenn der dann sagte: Lasst es sein – dann war es eigentlich gut.

Was bedeutet das? Journalisten greifen gern schnell nach dem, was sensationell wirkt. Eine Bombe im Irak klingt auch sehr politisch. Sie verzichten aber darauf, zu überlegen, was der deutsche Fernsehzuschauer für einen Wissensgewinn davon hat, wenn er wieder einmal weiß, dass in einem Ort, den der Deutsche sowieso nicht kennt, eine Bombe hochgegangen ist. Ich sage: Das ist kein Wissensgewinn.

Ich hatte eine Auseinandersetzung mit Kollegen von ARD aktuell, als ich nicht mehr da war. Ich habe öffentlich kritisiert, dass weder in der Tagesschau noch den Tagesthemen, aber auch nicht in heute und im heute-Journal, nach der Regierungsbildung das gesamte Kabinett vorgestellt wurde. Es gab dafür auch keine SonderSendung. Und an anderer Stelle habe ich mich besonders darüber mokiert, dass die Tagesschau an einem Sonntag um 20 Uhr nicht damit beginnt, dass die FDP den Koalitionsvertrag genehmigt hat, sondern mit einem Bombenanschlag in Bagdad.

Meine Kritik wurde damit beantwortet, dass es doch der größte seit zwei Jahren sei. Welchen Gewinn haben wir, wenn wir das wissen? Wenn wir wissen, dass die FDP den Koalitionsvertrag unterschrieben hat, wissen wir, was das wahrscheinlich für unser Leben in den nächsten vier Jahren bedeutet.

Sehr interessant sind auch Meldungen über die Wasserknappheit in der Welt. Sie bekommen Meldungen mit, dass alles ganz furchtbar werden wird und das Wasser sehr knapp wird. Aber es wird nicht gesagt, dass es nicht Deutschland betrifft. Sondern Sie denken: Um Gottes willen, jetzt wird es bei uns nicht mehr regnen. Das wäre ja gar nicht so

schlecht. Sondern man denkt gleich, die Wasserknappheit findet auch bei uns statt. Nein, die findet natürlich in anderen Gegenden der Welt statt. Aber das wird in der Nachricht nicht gesagt. Denn wenn gemeldet würde, dass in Afrika, Asien oder vielleicht auch in irgendwelchen Gegenden Russlands das Wasser irgendwann knapper werde, wäre das für uns keine wichtige Nachricht mehr.

Insofern sage ich: Zur Verantwortung gehört auch, dass wir Nachrichten so einordnen, dass sie Orientierung geben. Es gibt schließlich das Problem, dass Journalisten manchmal Informationen senden, die sie nicht kontrollieren können, die ihnen aber von Regierungen vermittelt werden. Dieses Problem haben wir ja im Irakkrieg gesehen. Dass es dort Massenvernichtungswaffen gebe, und wegen dieser Massenvernichtungswaffen müsse dieser Krieg geführt werden. Es gibt die berühmte Rede von Colin Powell vor dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, bei der er eine vermeintliche Gifttube zeigt und behauptet, dass dies der Beweis sei, dass der Irak im Besitz von Uran (oder einer anderen gefährlichen Substanz) sei. Es war alles gelogen.

Aber glauben wir Journalisten, dass der amerikanische Außenminister vor dem Sicherheitsrat lügt? Da sind wir doch so naiv, dass wir das nicht glauben. Aber wir müssen wissen, dass alle Politiker, wenn sie etwas durchsetzen wollen, es mit der Wahrheit nicht so ganz genau nehmen. Die Amerikaner und die Briten (insbesondere Mister Blair) haben ihr Volk – und nicht nur ihr Volk – unglaublich angelogen. Nur, damit sie diesen Krieg führen konnten. Wir können froh sein, dass die deutsche Regierung damals unter Gerhard Schröder beschlossen hat, es nicht zu tun. Wie ist er dafür geprügelt worden! Zuerst, weil er es nicht machen wollte. Ich habe damals mit einer Person gesprochen, die in der Regierung ganz nah am Geschehen dran war, und gefragt: Die Amerikaner haben alle Informationen darüber, was habt ihr? Antwort: Nichts. Ich: Haben die Amerikaner euch nicht irgendetwas gezeigt?

Antwort: Bei einem NATO-Treffen kam jemand mit einem kleinen Gläschen, in dem das gefährliche Zeug drin sei. Das Erstaunliche ist, dass sich auch die Regierungen untereinander anlügen. Aber wie soll dann ein Journalist Klärung bringen können? Dann vertraut er möglicherweise der einen Regierung oder der anderen Regierung.

Es gibt interessante Untersuchungen über das Bewusstsein derjenigen, die Nachrichten konsumieren. Nachdem man wusste, dass es diese Massenvernichtungswaffen nicht gibt; man hat den Irak erobert und keine einzige Massenvernichtungswaffe gefunden. In den Ländern, die nicht am Krieg teilgenommen haben – Deutschland und Frankreich –, wurde die Korrektur schnell aufgenommen. Man hat ja geahnt, dass das so ist. Aber in den Ländern, in denen die Existenz dieser Waffen von den Regierungen vermittelt worden ist (sie sind vielleicht noch vergraben oder werden mit Lastwagen herumgefahren), wurde vermutet, dass es doch welche gegeben hat. Die Korrektur wurde nicht mehr so wahrgenommen. Das zeigt also, welche Macht auch die Regierenden haben können, wenn sie die Medien mit etwas füttern, was nicht stimmt.

Lassen Sie mich zum Schluss noch mal auf Kant kommen. Es ist natürlich von mir sehr idealistisch, wenn ich sage: Unsere Aufgabe ist es aufzuklären. Das bedeutet natürlich auch, sehr kritisch zu hinterfragen, was wir selber tun. Aber es ist eine der nobelsten Regeln unseres Handwerks. Und insofern hoffe ich, dass wir immer wieder den Mut zur Vernunft finden.

Ich danke Ihnen!